

# Regierungsratsbeschluss

vom 28. Mai 2013

Nr. 2013/954

**Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität sowie zum Bundesbeschluss über die Genehmigung der Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland**  
**Schreiben an das Bundesamt für Justiz**

---

## 1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität sowie zum Bundesbeschluss über die Genehmigung der Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland zur Beratung und Beschlussfassung.

## 2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität sowie zum Bundesbeschluss über die Genehmigung der Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland wird beschlossen.



Andreas Eng  
Staatschreiber

## Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 28. Mai 2013

**Verteiler**

Staatskanzlei

Staatskanzlei, Legistik und Justiz (FF) (3)

Finanzdepartement

Volkswirtschaftsdepartement

Departement des Innern

Ratsleitung (8)

Medien (jae)